

# Die Verbände und ihre Tagungen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **35 (1943)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Die Verbände und ihre Tagungen.

## Vom Verband der PTT.-Angestellten.

Von einer umfangreichen Tätigkeit zeugt auch diesmal wieder der Bericht, den der Verband schweizerischer Post-, Telephon- und Telegraphen-Angestellter (VSPTTA.) für das vergangene Jahr ablegt. Ein wesentlicher Teil gilt begreiflicherweise der Lohnfrage, aber auch die Fragen der Rekrutierung liessen den Verband nicht zur Ruhe kommen. Ihnen galt im vergangenen Jahre sogar die Hauptsorge. Das ist weiter auch nicht verwunderlich, wenn man dem Bericht beispielsweise die besorgte Klage entnimmt: «Beim Rekrutierungssystem für die Unterbeamten der Postverwaltung herrscht die grösste Anarchie. Ueberaus zahlreich sind die Kanäle, durch welche bei der Post das Personal angestellt wird. Es gibt wohl kaum einen Beruf in der Schweiz, wo die Anstellungsbedingungen so miserabel sind. Vielfach müssen die jungen Leute während acht und mehr Jahren warten, bis sie nur als Gehilfen II in der 25. Klasse definitiv angestellt werden. Noch bedenklicher steht es mit der weiteren Berufsbildung...» Eine besondere Kommission hat die Rekrutierungsfrage nun an die Hand genommen. Das Resultat war die Ausarbeitung eines Reglementsentwurfs. Desgleichen wurden mehrere Eingaben an die Generaldirektion der PTT. unterbreitet, darunter eine besonders einlässliche, die die Oeffnung der 18. Besoldungsklasse für die Unterbeamten forderte. Ueber all dieses und vieles andere findet der Leser in dem Jahresbericht alle nur wünschenswerten Einzelheiten.

Was die Mitgliederbewegung betrifft, kann der Verband eine kleine, aber erfreuliche Erhöhung von 8498 auf 8561 Mitglieder des Aktivdienstes feststellen. Die grösste Zunahme weisen die Sektionen der deutschen Schweiz auf, während die der französischen sogar einen Rückgang zu verzeichnen haben.

Eine vom 17. bis 19. Juni nach Pruntrut einberufene Abgeordnetenversammlung hiess den Tätigkeitsbericht einschliesslich denjenigen für das Jahr 1941 gut und fasste mehrere bemerkenswerte Beschlüsse. Der erste dieser Beschlüsse betrifft «Löhne und Renten» und gipfelt in dem Verlangen, dass die Kriegsteuerung beim aktiven Personal und den Pensionierten der untern Besoldungsklassen «vollständig ausgeglichen werde». Eine andere Resolution «protestiert gegen die Spar- und Rationalisierungsmassnahmen der PTT.-Verwaltung, die auf Kosten des Personals seit einer Reihe von Jahren in vermehrtem Masse zur Anwendung kommen und der Gesundheit, der Arbeitsfreude und der Leistungsfähigkeit des Personals um so mehr abträglich sind als die ungenügende Lohnanpassung und die Rationierung die Beschaffung einer ausreichenden und kräftigen Nahrung immer mehr erschweren». Eine dritte Resolution nimmt zu den Fragen «Wirtschaftsreform, Recht auf Arbeit und Altersversicherung» Stellung. In dieser wird das Volksbegehren betreffend Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit unterstützt und die Schaffung einer allgemeinen Alters- und Hinterbliebenenversicherung als dringlich bezeichnet. Weitere Resolutionen betrafen die Frage der Aemtereinreihung und Landbriefträger sowie die Verprivatisierung des Telephons. In der letzteren wird bemängelt, dass die TT.-Verwaltung auf Grund des Telegraphen- und Telephonregals immer mehr Arbeiten Konzessionären überträgt.

Die Hauptreferate wurden von den beiden Sekretären, Kollegen Richard Müller und Albert Redard, gehalten. Als Tagespräsident amtegte Kollege Fritz Fehlmann.

## Der Jubiläumskongress des VSPB.

In Luzern, wo er vor 50 Jahren aus der Taufe gehoben worden war, hielt am 9. und 10. Juli der Verband schweizerischer Postbeamten (VSPB.) seinen diesjährigen Kongress ab, an dem 91 stimmberechtigte Delegierte teilnahmen. Die Verhandlungen wickelten sich, wie sich wohl denken lässt, in einer festlich gestimmten Atmosphäre ab, da man in Gedanken immer wieder den Weg abmass, der von dem Gründungskongress bis zum heutigen Tage führte und der gewiss ein Weg harter Kämpfe, aber auch schöner Erfolge war. Immer wieder wurden in den verschiedenen Ansprachen die heroischen Zeiten der Vergangenheit in Erinnerung gerufen, aber nicht, um bei den Erregenschaften ausruhend zu verweilen, sondern um daraus die Kraft zu weiterem Vormarsch zu schöpfen und vor allem die junge Generation aufzurufen, sich am Beispiel der Veteranen zu begeistern. Einen besonders eindringlichen Appell in dieser Richtung stellte die Eröffnungsansprache des Zentralpräsidenten, Kollege Berger, dar. Im übrigen stand der Kongress im Zeichen der Geschäftsübergabe von Bern an Basel, die praktisch bereits am 27. März dieses Jahres erfolgt ist, so dass die Vorbereitung der Jahresversammlung bereits in den Händen des neuen Vorortes lag und dort offenbar gut aufgehoben war.

Der gedruckt vorliegende Tätigkeitsbericht wurde vom Zentralpräsidenten, Kollege Berger, durch verschiedene Mitteilungen ergänzt und gab zu einer einlässlichen Diskussion Anlass, wobei die verschiedensten Wünsche und Anregungen vorgebracht wurden. Auch an Bemängelungen fehlte es gelegentlich nicht. Besondere Besorgnis galt der Entwicklung der Bundesfinanzen. Desgleichen wurde die Verbandspresse ziemlich scharf unter die Lupe genommen, wobei von einer Seite auch die Nützlichkeit der als Beilage des Verbandsorgans erscheinenden «Stimme der Arbeit» in Frage gestellt wurde. Vom Vorstandstisch aus wurde den verschiedenen Interpellanten sehr ausführlich erwidert. Unter anderem wurde angekündigt, dass zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Verbandshaushalt vom nächsten Jahre an eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge vorgesehen ist, die dann später auch vom Kongress in der Weise beschlossen wurde, dass sich der **Verbandsbeitrag für Aktivmitglieder von jährlich Fr. 25.— auf Fr. 28.— erhöht**, während weibliche Aktivmitglieder und Aspiranten fortab Fr. 20.— statt bisher Fr. 18.— zu zahlen haben. Die Bemerkung wegen der «Stimme der Arbeit» wurde dahin beantwortet, dass diese «eine kostbare Quelle der Information» sei und deren Veröffentlichung eine Solidaritätshandlung gegenüber dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund darstelle. Die bescheidene Ausgabe dafür stände in keinem Verhältnis zu den Vorteilen, die die Publikation biete. Nach diesen und andern Aufklärungen wurde der **Tätigkeitsbericht einstimmig gutgeheissen**.

Ebenso wurde der **Voranschlag für das Jahr 1944**, der die Gesamtausgaben auf Fr. 106,300.— berechnet, gutgeheissen. Ferner wurde der Nachkredit zur Deckung der Kosten für die Herausgabe der Verbandsgeschichte, die sichtlich den Beifall der Verbandsmitglieder fand, von Fr. 4500.— auf Fr. 9000.— erhöht, was dem Hauptverfasser des Buches, Kollegen Fritz Gmür, Veranlassung gab, allen zu danken, «die Dank und Anerkennung für das glücklich vollendete Werk gezollt haben.»

Einigen Unwillen scheint es hervorgerufen zu haben, dass der Verband der PTT.-Angestellten in einer Eingabe an die Generaldirektion die Oeffnung der 18. Besoldungsklasse für die Unterbeamten gefordert hat. In einer hierzu gefassten Resolution wird u. a. gesagt: «Da die Interessen unseres Verbandes

durch die Forderungen der Unterbeamten stark berührt werden, eine vorherige Fühlungnahme aber nicht stattgefunden hat, erhebt die Versammlung Einsprache gegen die Missachtung der Bestimmungen des Reglements der PTT.-Vereinigung seitens des VSPTTA. Ohne auf einzelne Textteile der Eingabe einzutreten, die einer gewerkschaftlichen Zusammenarbeit nicht förderlich sind, lehnen die Abgeordneten einhellig und mit aller Bestimmtheit eine weitere Preisgabe von Beamtenarbeit ab.»

Einem Antrag Basels auf Schaffung einer Alterssparkasse wurde seitens des Vorstandes ein anderer Antrag gegenübergestellt, der die Errichtung einer Sterbekasse auf freiwilliger Grundlage anregt. Der Kongress hiess diese Anregung gut und beauftragte den Verbandsvorstand, die Frage näher zu prüfen und zuhanden des nächsten Kongresses Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Ferner nahm der Kongress noch zwei Postulate entgegen. Damit war der geschäftliche Teil dieser historischen Jahresversammlung erledigt. Die Delegierten gingen auseinander, um sich anderntags mit vielen Veteranen, Gründungsmitgliedern und Gästen auf der Höhe von Fürigen zur eigentlichen Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Verbandes in gehobener festlicher Stimmung wieder zu treffen.

---

## Buchbesprechungen.

Prof. Dr. Wilhelm Röpke. «Die Lehre von der Wirtschaft» und «Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart». Eugen Rentsch-Verlag, Erlenbach, Zürich. 203 bzw. 410 Seiten. Preis geheftet Fr. 6.— bzw. Fr. 10.40.

Diese beiden Bücher können miteinander besprochen werden, weil der Verfasser selber sagt, dass «Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart» «Die Lehre von der Wirtschaft» nicht nur voraussetzt, sondern zugleich in wichtigen Punkten ergänzt. Beide Bücher gelten im Grunde genommen jener dem bösen «Kollektivismus diametral entgegengesetzten» systematischen «Reaktivierung des liberalen Prinzips», die der Verfasser als «dritten Weg», als Ausweg aus der gegenwärtigen Gesellschaftskrise, anstrebt. Wir alle suchen einen dritten Weg, den Weg der Mitte, den Weg zwischen einem Zwang, der unfruchtbar ist und den niemand will, und der Freiheit, die so leicht in Willkür ausartet und damit gerade das aufhebt, was ihr den Namen gibt.

Ist der dritte Weg Röpkes von den beiden andern Wegen weit genug entfernt, um als Mittelweg gelten zu können? Wir glauben es nicht. Die Voraussetzung wäre, dass Röpke völlig objektiv bleibt und der Kollektivismus, der angeblich auf dieser Welt so sehr grassiert und vor dem es die Menschheit unter allen Umständen zu retten gilt, für ihn kein rotes Tuch ist. Er ist jedoch für ihn das rote Tuch. Diese Einstellung drängt ihn sehr stark auf die Seite jener Freiheit, die gerade noch heute sehr bestimmend ist und je nach dem Ausgang des Krieges zu einer «Reaktivierung des liberalen Prinzips» führen könnte, vor der es vielleicht sogar Prof. Röpke grausen würde. Auf alle Fälle darf man wohl sagen, dass es — alles in allem — heute noch eher dem Prinzip der Ordnung als jenem einer «freien Initiative» die Stange zu halten gilt, die buchstäblich im Begriff ist, die Welt an den Rand des Abgrundes zu bringen.

Kann überhaupt ein Mann der Wissenschaft, dessen Amt es doch ist, in sein Fach Ordnung und System zu bringen, zum Priester des Liberalismus, das heisst der Willkür, werden? Ein solcher Mann muss ein wort- und bilderreicher Schriftsteller sein, ein Mensch, der Phantasie hat und den Leser mit blendenden Formeln mitreisst. Dies ist sicherlich bei Röpke der Fall, und das macht den Erfolg seiner Bücher aus. Man kann sogar sagen, dass er gleichzeitig auch an exakten Erkenntnissen Erkleckliches beizutragen hat. Gerade dies wird ihm zum Fallstrick. Nachdem er zum Beispiel im Anfangskapitel seiner